

Schweden: Allmähliche konjunkturelle Erholung auf solidem Fundament

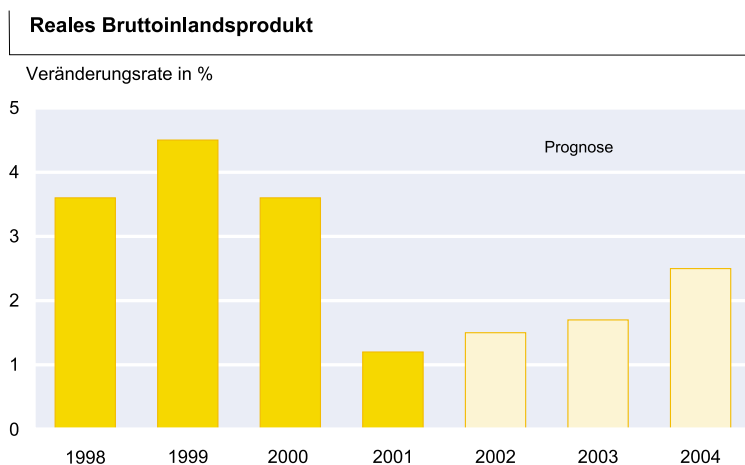
30

Oscar-Erich Kuntze

Moderates Wirtschaftswachstum auch während des Jahres 2002. Nach dem Frühjahr 2003 allmähliche Beschleunigung von Nachfrage und Produktion bis ins Jahr 2004 hinein. Die Geldpolitik stimuliert über 2003 hinaus. Die Unterbewertung der Krone verringert sich. Nur noch leicht expansive Finanzpolitik im Jahre 2003, etwa neutraler Kurs 2004. Im Herbst 2003 Abstimmung über die Einführung des Euro. Überraschend robuste Lage auf dem Arbeitsmarkt. Moderat steigende Verbraucherpreise. Weiterhin Überschüsse der Leistungsbilanz.

Das politische und soziale Umfeld wurde 2002 dominiert von den Reichstagswahlen im September. Beherrschendes Thema war die Steuerpolitik und damit implizit die Zukunft des Wohlfahrtsstaates, während die das Land nach wie vor polarisierende Einführung des Euro keine Rolle spielte. Die schon vorher die Minderheitsregierung stellende Socialdemokratiska Arbetarepartiet (SAP) konnte, an den weit verbreiteten Wunsch nach Geborgenheit appellierend, Stimmen gewinnen, aber ihre Wahlschlappe von 1998 – es war das schlechteste Resultat seit 1921 gewesen – nur teilweise ausbügeln. Sie steigerte die Zahl ihrer Mandate im 349 Sitze umfassenden Parlament um 13 auf 144. Damit wurde nicht nur die relativ günstige Konjunktorentwicklung sowie die Sanierung von Volkswirtschaft und Staatshaushalt durch den früheren Finanzminister und Ministerpräsidenten Persson am Ende doch honoriert, sondern auch die von ihm im Wahlkampf betonten traditionellen sozialdemokratischen Werte sowie sein Bekenntnis zum Ausbau des Wohlfahrtsstaates bei

gleichzeitigem Verzicht auf weitere Steuersenkungen. Diese Linie hat Wähler zur SAP zurückgeführt, die sie in den neunziger Jahren unter dem Eindruck des harten finanzpolitischen Sparkurses an die ex-kommunistische Vänsterpartiet verloren hatte. Letztere büßte nämlich genau soviel Mandate ein, wie die SAP gewinnen konnte, und zählt jetzt nur noch 30 Abgeordnete. Die Umweltpartei Miljöpartiet de Gröna konnte sich nur geringfügig auf 17 Mandate verbessern. Im bürgerlichen Lager verbuchte die konservative Moderate Samlingspartiet einen herben Rückschlag. Die Zahl ihrer Sitze sank um ein Drittel auf 55. Ursache des Debakels war nicht nur das mangelnde Charisma ihres Vorsitzenden Lundgren. Vor allem die in den Mittelpunkt ihres Wahlprogramms gestellte Forderung nach Steuersenkungen fand nicht die entsprechende Resonanz aufgrund des drastischen Vertrauensverlustes in Manager und Finanzmarktakteure. Auch das Versprechen, Deregulierungen und Privatisierungen fortzuführen, war nicht populär. Symptomatisch hierfür war das Ergebnis der gleichzeitig durchgeführten Lokal- und Regionalwahlen in Stockholm. Die Bürgerlichen verloren überraschend die Mehrheit, auch weil ihre Privatisierungspolitik vielen Wählern zu weit gegangen war. Die Kristdemokratiska Samhällpartiet büßte ebenfalls kräftig Stimmen und fast ein Viertel ihrer Mandate ein. Die immer noch vorwiegend im ländlichen Milieu verankerte Centerpartiets Riksorganisation konnte hingegen um vier auf 22 Mandate zulegen. Ein sensationelles Resultat erzielte hingegen die liberale Folketpartiet Liberalna; sie käme am ehesten als Koalitionspartner der SP in Frage, sollte diese ihren Rückhalt bei den anderen Links-Parteien verlieren. Ihre Reichstagsfraktion nahm um 31 auf 48 Abgeordnete zu. Geschickt hatte sie sich je-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

ner Themen angenommen, die vielen Stimmbürgern auf den Nägeln brennen, vor allem die Verbesserung des Schulwesens (mehr Ordnung und Disziplin) sowie die Integration von Ausländern (Sprachtest vor Erlangung der Staatsbürgerschaft). Die politische Landschaft hat sich im Grunde nur wenig verändert. Umschichtungen fanden nur innerhalb und nicht zwischen den beiden politischen Lagern statt.

Die wieder von den Sozialdemokraten gestellte **Minderheitsregierung** unter Ministerpräsident Persson hat es also nicht leichter als in der letzten Legislaturperiode. Ein kurz nach den Wahlen vom bürgerlichen Lager unternommener Versuch, ihn per Misstrauensvotum zu stürzen, scheiterte jedoch. Das Kabinett ist weiterhin auf die parlamentarische Unterstützung durch Ex-Kommunisten und Grüne angewiesen. Letztere hatten ursprünglich den Eintritt in die Regierung und ein Ministerium verlangt. Ihre zunächst auf zwei Jahre befristete parlamentarische Stützung musste Persson mit einer Verlängerung des beliebten Elternurlaubs, einer Fortsetzung der ökologischen Steuerreform, einer Verkehrsberuhigung in den Innenstädten, der Einschränkung des Kabeljaufangs in der Ostsee sowie weiteren Abstrichen am Verteidigungsbudget erkaufen. Die Regierungspolitik rückt damit etwas mehr nach links – allerdings nicht zu weit –, wie der jetzt beginnende Kampf um die Senkung der im internationalen Vergleich weit überhöhten Krankenstandsquote zeigt.

Die Inangriffnahme einer tiefgreifenden **Verwaltungsreform**, die das in den Grundzügen 1634 geschaffene System auflösen soll, sieht vor, Kompetenzen der Kommunal- und Regionalinstitutionen zur Zentralregierung rückzuverlagern. Innerhalb der Regionen sollen Befugnisse gebündelt, vereinheitlicht und stärker kontrolliert werden.

Mit einer wesentlich verjüngten Regierung will Persson **Schweden in den Euro-Raum** führen. Am **14. September 2003** wird ein Referendum über die Einführung des Euro abgehalten. Dieses verpflichtet die Regierung zwar zu nichts, würde de facto jedoch verbindlich sein. 2005 oder 2006 könnte der Euro im Falle einer Zustimmung eingeführt werden. Umfragen zufolge lagen die Befürworter eines solchen Schritts während des zweiten Halbjahrs 2002 deutlich vorn. Doch ist der Vorsprung inzwischen erheblich geschrumpft. Während der letzten Jahre waren mehrere Stimmungsumschwünge zu beobachten, so dass die jüngsten Resultate keinen Schluss auf das tatsächliche Ergebnis erlauben. Entscheidend dürfte die Zustimmung des mächtigen Gewerkschaftsbundes LO sein, der diese jetzt noch von der Einrichtung von Pufferfonds nach finnischem Vorbild zur Abfederung konjunktureller Einbrüche abhängig macht.

Mit der bevorstehenden Aufnahme der mitteleuropäischen Länder sowie Estlands, Lettlands und Litauens stellt sich – wie auch in Finnland – die Frage eines **Beitritts zur NATO**

dringlicher als zuvor. Dies umso mehr, als die Verteidigungsausgaben weiter gekürzt werden. Doch lehnt immer noch eine Mehrheit der Bürger diesen Schritt ab.

Einigen **lohnpolitischen Sprengstoff** bergen die anstehenden Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft fordert Lohnerhöhungen in Anlehnung an die mit spürbaren Produktivitätserhöhungen begründbaren relativ beträchtlichen Anhebungen in der Industrie, aber auch in der übrigen Privatwirtschaft. Bei der großen Zahl öffentlich Bediensteter und den vergleichsweise geringen Produktivitätsfortschritten in diesem Bereich kann die Regierung dem nicht zustimmen, wenn sie ihr Budget auch nur annähernd einhalten will.

Die **Atomausstiegsdebatte** flammt wieder auf. Ursache sind Stromknappheit und verfünfachte Elektrizitätspreise. Heftig wird nun ein Aufschub der für heuer geplanten Schließung des Atomkraftwerks Barsebeck II diskutiert, was den ohnehin unprogrammgemäß langsamen Ausstieg aus der Kernkraft noch weiter verzögern oder – wie von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht – gar stoppen könnte.

Wirtschaftspolitisch bleibt es bei dem Spagat zwischen der Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates einerseits und der weiteren Modernisierung des Landes sowie der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte andererseits. Das gilt zumindest bis zum Herbst 2004, wenn die parlamentarische Unterstützung des Kabinetts Persson durch die anderen Linksparteien möglicherweise ausläuft. Danach könnten sich die Akzente bei geänderter politischer Konfiguration wieder mehr zur Mitte hin verschieben. Ein grundsätzliches Abgehen vom konsolidierungsorientierten finanzpolitischen Kurs ist nicht wahrscheinlich. Die Finanzpolitik stimuliert weniger als 2002, doch die Geldpolitik wirkt leicht expansiv. Aber der steigende Wechselkurs der Krone baut die Unterbewertung der Krone weiter ab. Lohnpolitisch dürfte es nicht leichter fallen, die angestrebten nur moderaten Anhebungen der Arbeitseinkommen zu realisieren, nachdem die tariflichen Vorgaben im letzten Jahr spürbar überschritten worden waren. Integrationspolitisch hängt alles vom Referendum über die Euro-Einführung ab.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich etwa folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2 $\frac{1}{2}$ %. In **Japan** entsprachen Nachfrage und Produktion annähernd den Volumina von 2001. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 2 $\frac{1}{2}$ %. In **Westeuropa**, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1% zu; im Euro-Raum stieg es um gut $\frac{3}{4}$ % und in Deutschland um $\frac{1}{4}$ %. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen

Industrieländern im Jahresdurchschnitt ca. 25¹/₂ US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. Industrierohstoffe (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des Welthandels hat gegenüber 2001 um 2³/₄% expandiert.

Schweden ist wirtschaftlich günstiger durch das stark mit Unsicherheiten belastete Jahr 2002 gekommen als die meisten anderen westeuropäischen Volkswirtschaften. Die im Anschluss an die Stagnation während des ersten Halbjahrs 2001 zu beobachtende allmähliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums hat sich bis Mitte 2002 fortgesetzt. Danach verloren Nachfrage und Produktion infolge des spürbar verlangsamten weltwirtschaftlichen Wachstums sowie der noch nicht ausgestandenen Krise im Telecom-Sektor an Dynamik, blieben jedoch aufwärts gerichtet. Wesentlich stützend wirkte die – mit Blick auf die Parlamentswahlen im Herbst 2002 – ausgesprochen expansiv konzipierte Finanzpolitik, wobei man deren wünschenswerte antizyklische Effekte noch nicht ahnen konnte. Die Geldpolitik, seit 2001 kurzfristig schwankend in ihrer Ausrichtung, hat zunächst etwas gebremst, im zweiten Semester jedoch moderat stimuliert. Der Wechselkurs der Krone ist tendenziell gestiegen, doch wurde damit die 2001 eingetretene starke Unterbewertung erst teilweise ausgeglichen. Deutlich expansiv war die Lohnpolitik. Die Lohnsteigerungen lagen erheblich über den Tarifabschlüssen. Dies sowie Steuerentlastungen ließen den privaten Konsum lebhafter steigen als 2001. Der Staatsverbrauch nahm ebenfalls rascher zu, während die Bruttoanlageinvestitionen einbrachen. Da sich der Export erholte, die Einfuhr jedoch weiter sank, kamen auch vom Außenbeitrag Wachstumsimpulse. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte um 1¹/₂%. Trotz dieser eher niedrigen Rate hielt sich die Beschäftigung auf hohem Niveau, und die Arbeitslosenquote blieb während des Jahres fast konstant auf einem im westeuropäischen Vergleich niedrigen Stand. Die Verbraucherpreise waren im Sommerhalbjahr stabil, erhöhten sich jedoch anschließend wieder. Die Leistungsbilanz wies wiederum einen deutlichen Überschuss aus.

Der private Konsum, der 2001 im Vorjahresvergleich annähernd stagniert hatte, erholte sich spürbar. Hierzu trugen die erheblichen Steuererleichterungen ebenso bei wie die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt und die kräftig gestiegenen Reallöhne; infolge kräftiger Wage-drift wurden die tariflichen Lohnerhöhungen merklich überschritten. Obwohl die real verfügbaren Einkommen so stark stiegen wie seit 30 Jahren nicht mehr und sich das Konsumklima zunächst deutlich verbesserte, expandierte der private Verbrauch lediglich um 1¹/₄%; diese Erholung kam auch dem Absatz langlebiger Konsumgüter zugute, etwa den Käufen von Personautos, die 2001 kräftig geschrumpft waren. Die Erklärung liegt

in der um rund 3 Prozentpunkte gestiegenen Sparquote als Reaktion auf die in den Jahren 2001 und 2002 stark gesunkenen Aktienkurse. Diese brachen sogar stärker ein als in den Jahren der Depression 1929/32. Die privaten Haushalte hatten sich während der neunziger Jahre direkt und indirekt weit stärker bei Aktien engagiert, als das in den meisten anderen westeuropäischen Ländern der Fall war. Entsprechend einschneidend waren die Vermögensverluste und die Enttäuschung über diese Form der Daseinsvorsorge. Der Staatsverbrauch (+ 1¹/₂%) hat sich spürbar lebhafter erhöht als budgetiert und sogar etwas stärker als 2001. Das gilt nicht nur für den Zentralstaat, sondern auch für die Gebietskörperschaften. Die komfortable finanzielle Lage besonders der größeren Gemeinden bot allerdings auch den hierfür erforderlichen Spielraum, so dass sie ihre Konsumausgaben wieder um 2¹/₄% ausweiten konnten.

Die Bruttoanlageinvestitionen sanken vermutlich um 3¹/₂%, wobei die Einbrüche im Industrie- und im Dienstleistungssektor nicht von den kräftig expandierenden Bauinvestitionen ausgeglichen werden konnten. Beginnend 2001 war der Rückgang im ersten Halbjahr besonders ausgeprägt und schwächte sich anschließend ab. Am stärksten war das Minus in der verarbeitenden Industrie; hier waren die Anlageinvestitionen bereits 2001 kräftig gesunken. Dort hatte sich das Investitionsklima stark eingetrübt, wesentlich bedingt durch die abwärts gerichtete Auftrags- und Produktionsentwicklung in der IT-Branche als Folge der weltweiten Absatzkrise bei Telekommunikationserzeugnissen. Außerdem wurde der Aufbau des UMTS-Systems bei weitem nicht in dem geplanten Ausmaß realisiert. Dies nötigte u.a. Ericsson, eines der größten schwedischen Industrieunternehmen und einer der weltgrößten Produzenten von Mobiltelefonen, zu drastischen Investitionseinschränkungen. Auch waren die Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe insgesamt, gemessen am Durchschnitt der neunziger Jahre, spürbar unterdurchschnittlich ausgelastet. Und die Bestände an Auslandsaufträgen haben bis zur Jahresmitte erheblich abgenommen. Aber auch im Dienstleistungssektor wurde erheblich weniger investiert als im Jahr zuvor – Reflex der vorangegangenen Überinvestitionen. Die Bauinvestitionen nahmen kräftig zu. Das gilt besonders für den Wohnungsneubau. Er wurde durch weiterhin deutlich steigende Preise für Wohnimmobilien, günstige Hypothekenzinsen, den kräftigen Anstieg der realen verfügbaren Einkommen sowie die neue und erhebliche staatliche Förderung des Mietwohnungsbaus stimuliert. Demgegenüber sind Umbauten und Reparaturen weiter zurückgegangen. Wie an Hand der Haushaltsplanungen zu erwarten, hat auch der öffentliche Bau – mit Schwerpunkt Straßen- und Eisenbahnbau – kräftig zugelegt.

Bei der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (+ ca. 3³/₄%) wurde die von Mitte 2000 bis zum Herbst 2001 reichende Rezession im Herbst 2001 von einer kurzen Erholung abgelöst, wesentlich getragen von dem wieder anziehenden Export

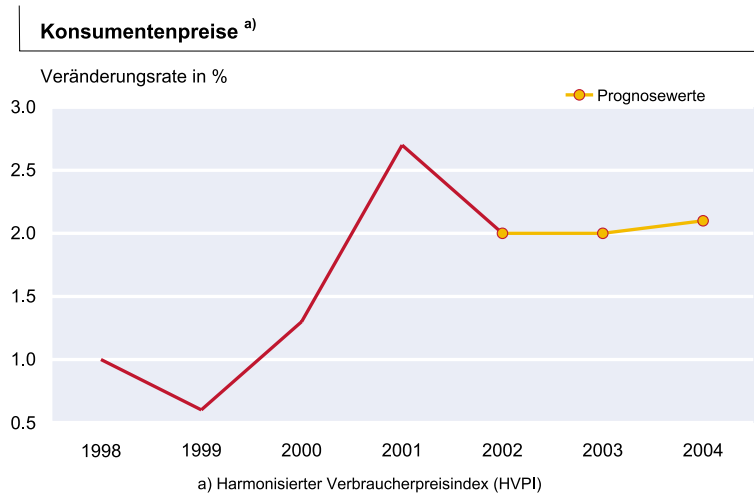
von Telekommunikationsgütern. Auch die Lieferungen von Vorprodukten und Nahrungsmitteln erhöhten sich spürbar, während die Ausfuhr von Pharmazeutika, Kraftfahrzeugen und Investitionsgütern stagnierte. Ausschlaggebend war die günstigere Weltkonjunktur, vor allem aber die deutlich zunehmende Nachfrage aus den USA. Mit dem anschließenden Nachlassen der weltwirtschaftlichen Auftriebskräfte und dem weiteren spürbaren Anstieg des Wechselkurses der Krone – der indes nur die ausgeprägte Unterbewertung verminderte – verschlechterte sich die Exportkonjunktur wieder. Während bei der Warenausfuhr gegenüber 2001 ein Plus zu verzeichnen war, ist der Dienstleistungsexport kräftig eingebrochen, bedingt durch schrumpfende Einnahmen aus der Schifffahrt sowie den nach starkem vorjährigem Anstieg stagnierenden Ausländertourismus. Die Einfuhr ging mit rund 3% nochmals merklich zurück, weil u.a. der Dienstleistungsimport einbrach; im Verlauf tendierte sie jedoch leicht aufwärts. Infolge dieser Scherenbewegung trug die Außenwirtschaft nennenswert zum Wirtschaftswachstum bei. Da sich die Terms of Trade wenig veränderten, stieg der Leistungsbilanzüberschuss auf ca. 4 1/2% des BIP.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war insgesamt günstig. Sie tendierte erst in den letzten Monaten zur Verschlechterung. Die Beschäftigung blieb gegenüber 2001 annähernd unverändert, weil das Personal im öffentlichen Dienst erheblich aufgestockt und die Notstandarbeiten ausgeweitet wurden. Die Arbeitslosenquote stagnierte ebenfalls, auch weil die Zahl der Frühpensionierten deutlich stieg, so dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt mit 4,9% (EU-Definition) jener von 2001 entsprach. Ein großes Problem für Arbeitgeber und die Staatskasse bildeten auch 2002 die weiter kräftig gestiegenen krankheitsbedingten Absenzen am Arbeitsplatz.

Die Preisentwicklung war zunächst geprägt von starken Verteuerungen bei elektrischem Strom sowie Frischgemüse und Obst. Dieser Effekt klang bald ab, sodass die **Konsumentenpreise** bis in den Herbst hinein stabil waren. Gegen Jahresende beschleunigte sich der Preisauftrieb, da sich nicht nur Mineralölzeugnisse (weltweit steigende Ölpreise), sondern auch Elektrizität (große Kälte und geringe Reserven in den Stauseen) erheblich verteuerten. Die Aufwertung der Krone hat dämpfend auf die Importpreise und damit auf die Inflation gewirkt. Im Jahresdurchschnitt lagen die Lebenshaltungskosten um 2% über dem Niveau von 2001.

Wirtschaftspolitik

Von der Wirtschaftspolitik wird die Konjunktur 2003 weniger starke Anstöße erhalten als im vergangenen Jahr. So



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

wirkt die Finanzpolitik nicht mehr so ausgeprägt expansiv wie 2002, während von der Geldpolitik Impulse kommen und der Lohnauftrieb nur wenig gedämpft werden dürfte. Retardierende Effekte resultieren aus der weiteren Aufwertung der Krone. Im Jahre 2004 sind kaum noch Anstöße zu erwarten. Die Finanzpolitik schwenkt auf eine annähernd konjunkturneutrale Linie ein, die geldpolitischen Stimuli werden im Verlauf schwächer, und die in den Jahren 2002 und 2003 erfolgte Aufwertung der Krone wird voll spürbar; eine leichte Überbewertung der Krone löst die vorherige Unterbewertung ab. Einzig von der Lohnpolitik sind im Zuge des sich verstärkenden konjunkturellen Aufschwungs weiter nennenswerte Impulse zu erwarten.

Von der Geldpolitik erhält die Konjunktur bis ins Jahr 2004 hinein Impulse (selbst wenn die monetären Zügel im Verlauf des kommenden Jahres wieder angezogen werden sollten). Sie werden im Herbst 2003 am deutlichsten spürbar sein. Stark fallen diese allerdings selbst dann nicht aus, wenn die Reichsbank den Leitzins in der nächsten Zeit nochmals um 1/4 bis 1/2 Prozentpunkt zurücknehmen sollte. Ein solcher Schritt wird in dem Maße wahrscheinlich, in dem sich die konjunkturelle Erholung verzögert, der Preisanstieg moderat bleibt, die Aufwertung der Krone weitergeht und die EZB ihren Schlüsselzins nochmals senkt. Um jeweils 1/4 Prozentpunkt hatte die Reichsbank ihren Leitzins bereits im November und Dezember 2002 herabgesetzt. Er beträgt derzeit 3 3/4%, während der Schlüsselzins der Europäischen Zentralbank (EZB) Anfang Dezember um einen halben Prozentpunkt auf 2 3/4% reduziert wurde, bei etwa gleichen Inflationsraten in Schweden und im Euro-Raum, so dass die kurzfristigen schwedischen Realzinsen höher liegen als dort. Begründet wurden die monetären Lockerungen mit schwacher Konjunktur und abflauernder Inflation, deren mittelfristige Entwicklung als im Einklang mit der stabilitätspolitischen Vorgabe der Notenbank gesehen wird. Zuletzt dürfte auch die Zinssenkung der EZB eine Rolle gespielt haben. Denn eine Vergrößerung des Zins-

abstands zum Euro-Raum hätte Kapitalzuflüsse ausgelöst und die Aufwertungsstendenz der Krone stärker als erwünscht gefördert. Den jüngsten monetären Lockerungen war jedoch – anders als bei der EZB – im März 2002 eine Straffung der monetären Zügel vorausgegangen (der als Leitzins dienende Repo-Satz wurde um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt heraufgesetzt), obwohl sich die Inflation tendenziell verlangsamte und der bis Herbst stark gesunkene Wechselkurs der Krone weiter stieg. Ausschlaggebend war jedoch die Befürchtung, der Preisauftrieb würde bei sich beschleunigender Konjunktur schon wieder an Schwung gewinnen, zumal die Teuerungsrate im März 2002 3% betragen hatte. Bei dieser Annahme schien die stabilitätspolitische Maßgabe gefährdet, der gemäß die weitgehend dem Verbraucherpreisanstieg entsprechende Kernrate der Inflation mittelfristig innerhalb einer Bandbreite von 2% +/- 1 Prozentpunkt gehalten werden soll. Der Wechselkurs der schwedischen Krone ist seit Jahren nicht nur gegenüber dem US-Dollar, sondern auch gegenüber dem Euro sehr volatil. Gegenüber dem Euro erfolgte zwischen Mitte 2000 und September 2001 eine kräftige Abwertung. Diese wurde begründet mit den ab Anfang 2001 erweiterten Möglichkeiten für Pensionsfonds und Privatanleger in ausländische Aktien zu investieren, mit den ausgeprägten Kursverlusten schwedischer Aktien nach vorangegangener Hausse, mit dem kleinen Währungsraum sowie mit der hohen Exportabhängigkeit des Landes. Für die Exportwirtschaft ein willkommenes Stimulans, schlug die Abwertung immer mehr auf die Preisentwicklung durch. Deshalb intervenierte die Reichsbank im Juni 2001 auch an den Devisenmärkten, nachdem während der ersten vier Monate 2001 rund 100 Mrd. SKR abgeflossen waren. Als auch der Einsatz von ca. 12 Mrd. SKR (1,3 Mrd. Euro) die Aufwertung nicht stoppen konnte (was einmal mehr die Unzulänglichkeit dieses Instruments gegen starke Marktkräfte unterstreicht), wurde im Juli 2001 der Leitzins um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf 4,25% erhöht. Zwei Monate später trat auf dem Devisenmarkt die Wende ein.

Gestützt auf die günstige Lage der öffentlichen Finanzen und animiert durch die im September fälligen Reichstagswahlen war die Finanzpolitik 2002 stark expansiv konzipiert worden. Erleichterungen bei der Einkommensteuer, Herabsetzung der Immobiliensteuer, das Vorziehen von für 2003 geplante Beihilfen für die Landwirtschaft, erheblich höhere Zuweisungen an die Kommunen und an das teilweise mangelhafte Gesundheitswesen etc., aber auch die schwächer als im Budget unterstellt verlaufende Konjunktur bewirkten eine markante Wende der öffentlichen Haushaltslage. Nach Jahren der Defizite wurden seit 1998 mit steigender Tendenz Überschüsse (2001 4,8% des BIP) ausgewiesen. 2002 gingen das Aktivum vermutlich auf $1\frac{1}{4}$ % und die Staatsverschuldung auf $52\frac{1}{2}$ % des BIP zurück. 2003 wird die expansive Linie nur noch verhalten fortgeführt. Die öffentlichen Haushalte werden vermutlich bestenfalls ausgeglichen abschließen – das mittelfristige finanzpolitische Ziel sieht über einen Konjunkturzyklus

hinweg einen Überschuss von 2% vor. Dies nicht nur, weil die Ausgaben spürbar erhöht werden, sondern weil das im Staatshaushalt unterstellte Wirtschaftswachstum mit 2,5% erheblich zu optimistisch und auch die Inflationsentwicklung mit 2,3% etwas zu hoch angesetzt ist. Folglich werden die Steuereinnahmen nicht wie vorgesehen steigen. Per saldo werden die Steuern nicht weiter gesenkt, und die Finanzpolitik zielt wieder mehr auf die Verbesserung von Sicherheit und Gerechtigkeit ab. So sind erhebliche Mehrausgaben für das Unterrichts- und Gesundheitswesen sowie für Familien und Pensionisten vorgesehen. Zudem wird die ökologische Ausrichtung des Steuersystems vorangebracht: Umweltbelastende Tätigkeiten werden höher besteuert und im Gegenzug die Einkommensteuer um 2,6 Mrd. SKR ermäßigt.

Bisher nicht gelöst wurde das die Staatskasse, aber auch die Wirtschaft in hohem und noch zunehmendem Maße belastende Problem der krankheitsbedingten Abwesenheit am Arbeitsplatz vor allem im öffentlichen Dienst. Eine heikle Angelegenheit, die vielfach als Rütteln an den Grundfesten des Wohlfahrtsstaats verstanden wird. Die Zahl der Krankgeschriebenen belief sich im Dezember 2002 auf rund 400 000, was $9\frac{1}{4}$ % der Erwerbsbevölkerung entspricht und die Staatskasse mit gut 42 Mrd. SKR belastet hat. Bis 2008 soll die Zahl halbiert und damit auf das Niveau Mitte der neunziger Jahre zurückgeführt werden. Dabei nimmt man besonders die Arbeitgeber in die Pflicht. Ihnen winken bei einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen Steuererleichterungen.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen größeren Zuschnitts sind auch im kommenden Jahr trotz des hinter den Projektionen zurückbleibenden Wirtschaftswachstums nicht zu erwarten. Erstens zeigen die Erfahrungen vergangener Jahrzehnte, dass aktive Arbeitsmarktpolitik nicht eindeutig günstige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Und zweitens besteht im öffentlichen Dienst eine so große Nachfrage nach Kräften, dass sich die Arbeitslosenquote auch so bei einer Größenordnung von 5% halten lassen wird.

Energiepolitisch schlägt die Debatte über den weiteren Ausstieg aus der Kernkraft derzeit wieder hohe Wellen. Ursache ist die Stromknappheit in den nordischen Ländern, hervorgerufen durch den sehr trockenen Sommer 2002 und den nachfolgenden sehr kalten Winter. Auch hatten die Elektrizitätsgesellschaften trotz bedrohlich fallender Wasserstände in den Talsperren im Sommer noch lebhaft Strom exportiert. Die auf dem völlig liberalisierten Elektrizitätsmarkt geforderten Strompreise sind seit dem Sommer um etwa das Fünffache gestiegen. Das führte zu Produktionsdrosselungen in der Papierindustrie. Die Öffentlichkeit reagierte mit harschen Protesten, da etwa die Hälfte der Haushalte mit dem traditionell billigen Strom heizt. Normalerweise wird der Elektrizitätsbedarf zur Hälfte aus Wasserkraft und zur anderen Hälfte aus Atomkraft gedeckt. Nun muss in erheblichem Umfang Elektrizität – ökologisch bedenklich – aus dänischen und polni-

schen Kohlekraftwerken importiert werden. Vor diesem Hintergrund steht die für heuer – ursprünglich bereits für 2001 – vorgesehene Schließung der südschwedischen Atom-Zentrale Barsebeck II zur Debatte. Die Regierung will im März einen Entschluss fassen. Obwohl der Ausstieg aus der Kernkraft, basierend auf einem 1980 erfolgten Volksentscheid, der den Ausstieg aus der Kernkraft bis 2010 vorsieht, bereits 2000 mit der Abschaltung des Kraftwerks Barsebeck I eingeleitet wurde, ist die Atomdebatte wieder voll entbrannt. Umfragen zufolge befürworten knapp zwei Drittel der Bevölkerung die Weiterführung der jetzt noch arbeitenden elf Kernkraftwerke. Die auf billige Elektrizität angewiesene energieintensive Exportindustrie verweist auf die bei weiterem Atomausstieg drohende Gefährdung von Export, Produktion und Arbeitsplätzen und verweist auf den in Finnland beschlossenen Bau eines fünften Kernkraftwerks. Und schließlich haben sich die 1997 amtlicherseits gemachten Annahmen, dass der Jahresverbrauch bis 2002 um fünf Tera wattstunden gesenkt werden könne, als unberechtigt erwiesen – er stieg vielmehr um acht Tera wattstunden. Die Atomstromdebatte hat jedoch auch eine ordnungspolitische Komponente. Denn vielfach wird die Stromverteuerung auf die 1997 in den nordischen Ländern erfolgte Strommarktliberalisierung zurückgeführt, da die Produzenten wegen des hohen Konzentrationsgrades den Strompreis manipulieren könnten. Ferner wird auf die sich ständig ändernden fiskalischen Rahmenbedingungen für Investitionen in alternative Energien verwiesen, welche den Ersatz von Atomstrom aus diesen Quellen behinderten.

Lohnpolitisch dürfte die Entwicklung auch in diesem Jahr und 2004 im Sinne einer nennenswerten Dämpfung des Lohnauftriebs nicht in den Griff zu bekommen sein. Insgesamt zeichnet sich eine nur geringe Verlangsamung ab. Zwar liegen die tariflichen Abschlüsse im Privatsektor mit knapp 2¹/₄% p.a. bei den Stundenlöhnen deutlich niedriger als in den beiden Vorjahren. Aber die Wage-drift wird vermutlich wieder beträchtlich sein, so dass die Stundenverdienste mit 3³/₄% p.a. kaum langsamer steigen werden als zuvor. Im öffentlichen Dienst, dessen Beschäftigte immer energischer ein Aufholen ihrer Bezüge gegenüber dem Privatsektor fordern, und in dem auch noch Mangel an Arbeitskräften herrscht, ist keine Verlangsamung des Lohnauftriebs zu erwarten.

Integrationspolitisch steht 2003 die am 14. September stattfindende Volksabstimmung über den Beitritt Schwedens zum Euro-Raum im Mittelpunkt, zu dem das Land – im Gegensatz zu Dänemark und Großbritannien, die Ausnahmeregelungen genießen, – sich de jure beim Beitritt zur EU 1995 verpflichtet hatte. Das Referendum ist zwar rechtlich für die Regierung nicht bindend. Zweifel darüber, dass das Resultat von Regierung und Parlament akzeptiert wird, bestehen indes nicht. Ministerpräsident Persson, und mithin die Regierung, befürworten den Beitritt. Er sieht sich darin bestärkt durch die entsprechenden fast einstimmigen Voten von Parteivorstand und Vertrauensrat seiner Sozialdemo-

kratischen Partei vom Herbst 2002. Der Riss zwischen Befürwortern und Gegnern der Euro-Einführung geht durch alle Parteien, Verbände und Bevölkerungsgruppen. Grob gesagt sprechen sich jedoch Liberale Partei und die Konservativen schon seit langem für diesen Schritt aus. Heftig abgelehnt wird die Aufgabe der eigenen Währung von der die Regierung stützenden Linkspartei, den Grünen sowie dem ländlich geprägten Zentrum. Die Wirtschaft, in erster Linie große und mittlere Unternehmen sind schon länger für den Euro. Die Bevölkerung zeigt sich hingegen – Umfragen zufolge – sehr schwankend. Im Anschluss an die Euro-Bargeldeinführung im Euro-Raum stieg die Zustimmung auf über 50%. Doch ist sie seither wieder gesunken, wesentlich bedingt durch die in den Medien breit diskutierten Berichte von Stockholmern, die von den sehr beliebten Ausflügen zu den finnischen Ålandinseln zurückkehrten, empört über die im Zuge der Währungsumstellung vorgenommenen weit überrissenen Preiserhöhungen im dortigen Dienstleistungssektor – wie sie auch in den anderen Ländern des Euro-Raums zu beklagen sind. Es wird aber nicht nur von der Überzeugungskraft der Regierung, der Parteien und der Wirtschaftsverbände abhängen, wie die Abstimmung ausgeht, sondern insbesondere auch von der Haltung des in dieser Frage bisher eher skeptischen Gewerkschaftsbunds LO mit seinen 2,1 Mill. Mitgliedern (gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Schweden insgesamt 79%). Er macht einen Meinungswechsel abhängig von der Einrichtung eines Konjunkturpufferfonds im Umfang von 8 bis 11 Mrd. SKR nach finnischem Vorbild, auf dessen Mittel in Zeiten konjunktureller Schwäche zurückgegriffen werden kann, wenn die nationalen Kompetenzen zur Steuerung der Geld- und Wechselkurspolitik an die EZB übergegangen sind. Die Finanzierung soll über die Staatskasse – und nicht wie in Finnland durch Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern – erfolgen. Die Regierung konnte sich mit diesem Vorschlag noch nicht anfreunden. Sie scheint auf ausreichenden finanzpolitischen Spielraum zur Abfederung von konjunkturellen Schwächephasen als Ergebnis jahrelanger Budgetüberschüsse und entsprechend sinkender Staatsverschuldung abzielen. Allerdings geht die Finanzpolitik zumindest heuer in die falsche Richtung. Was die Erfüllung der Kriterien des Maastricht-Vertrages zum Beitritt in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion anlangt, so gelten diese mit zwei Ausnahmen als erfüllt. Erstens ist die Unabhängigkeit der Zentralbank noch nicht vollständig; das schwedische Parlament hat nach wie vor das Recht, über die Verwendung des Gewinns zu entscheiden (2002 etwa musste die Reichsbank gegen ihren Willen 20 Mrd. SKR an die Staatskasse abführen). Zweitens war der Wechselkurs der Krone gegenüber dem Euro bisher nicht stabil, sondern sehr volatil. Dieses Manko zu beheben, bleibt indes kaum Zeit. Sollte das Referendum nämlich positiv ausfallen, ist gemäß schwedischen Vorstellungen zum 1. Januar 2005 der Beitritt zum Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) vorgesehen und An-

fang 2006 die Einführung des Euro als offizielles Zahlungsmittel. Im Lichte der Erfahrungen mit der Bargeldeinführung vor allem in Deutschland – wo sich die Regierung auf Zusagen von Verbänden verließ, die Umstellung inflationsneutral durchzuführen – und in Österreich, wo man hingegen über Monate hinweg strikte Preiskontrollen vor und nach der Einführung dekretierte, wäre die Regierung gut beraten, dem zwar ordnungspolitisch bedenklichen, aber stabilitätspolitisch gebotenen österreichischen Beispiel zu folgen. Die Ankündigung von flankierenden Preiskontrollen würde den vom Inflationsschub auf den Ålandinseln schockierten Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen werden angenommen: Es kommt nicht zu einem bewaffneten Konflikt im Irak. In den USA erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in Japan um fast 3³/₄%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um 2³/₄% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1¹/₂% ausgeweitet; für die EU sowie für den Euro-Raum sind etwas niedrigere Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland 1% beträgt. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 24¹/₂US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 2¹/₂%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1 bis 1,10 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von 5³/₄%.

Die schwedische Volkswirtschaft zeigt sich auch in der gegenwärtigen konjunkturellen Schwächephase gut fundiert und mit wenigen Schwachpunkten – was wesentlich den

Rosskuren der neunziger Jahre zu danken ist. Bezüglich der Umsetzung von Wirtschaftsreformen und von EU-Regulierungen nimmt sie einen Spitzenplatz ein. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 1³/₄% und damit neuerlich stärker als der westeuropäische Durchschnitt expandieren. Im Verlauf setzt die Erholung nach einem schwachen ersten Quartal ein, wenn die weltpolitische Unsicherheit abgeklungen ist und auch die Weltwirtschaft wieder an Dynamik gewinnt. Das Wirtschaftswachstum wird deutlich stärker als im vergangenen Jahr von der Inlandsnachfrage getragen, obwohl die Wirtschaftspolitik nicht mehr so kräftig stimuliert. Privater Verbrauch und Bruttoanlageinvestitionen nehmen rascher zu, während der Staatsverbrauch etwas langsamer wächst. Die Ausfuhr kommt trotz weiter aufwertender Krone zunehmend in Schwung. Auf dem Arbeitsmarkt ändert sich die Lage nicht nennenswert und bleibt wesentlich günstiger als im westeuropäischen Durchschnitt. Die Inflationsrate entspricht etwa jener von 2002. Das Aktivum der Leistungsbilanz verringert sich, da die Importe kräftig zulegen.

Der private Konsum expandiert um ca. 2%. Im Verlauf ist eine im Frühjahr einsetzende und sich allmählich beschleunigende Erholung zu erwarten. Bei annähernd stabiler Beschäftigung stimulieren die, infolge der neuerlich erheblichen Wage-drift, wieder um fast 2% steigenden Reallöhne. Hinzu kommt, dass die 2002 so stark erhöhte Sparquote zumindest nicht weiter zunimmt. Bei sich stabilisierenden und im späteren Verlauf anziehenden Aktien- und Obligationenkursen treten keine weiteren Vermögensverluste mehr auf, nachdem das Gros der auf reichlich drei Viertel der Bevölkerung geschätzten Aktienbesitzer ganz überwiegend schwere Einbußen infolge der Aktien-Baisse der vergangenen Jahre hinnehmen musste. Die Zinsen sind gesunken, und die Preise für Wohnimmobilien tendieren weiter aufwärts. Und schließlich steigen die staatlichen Transfers infolge von erhöhten Sozialrenten, Lohnersatzleistungen bei Krankheit

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001 EU ^{c)}	2002 ^{a)} KI ^{b)}	KI ^{b)}	2003 ^{a)} EU ^{c)}	OECD ^{d)}	KI ^{b)}	2004 ^{a)} EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	1,2	1,6	1,8	2,2	2,5	2,7	2,4	2,8
Inlandsnachfrage	0,3	0,2	1,9	2,0	2,7	2,6	2,7	2,2
Privater Verbrauch	0,2	1,2	2,3	1,7	2,5	2,6	2,2	2,6
Staatsverbrauch	1,4	1,6	0,9	0,5	0,8	0,6	0,5	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	– 3,5	1,5	3,8	3,8	4,8	4,1	4,2
Exporte ^{e)}	– 1,4	0,7	3,1	5,8	6,0	6,9	6,0	7,1
Importe ^{e)}	– 3,9	– 3,1	3,9	6,0	6,8	7,4	6,0	7,3
Industrieproduktion (ohne Bau)	– 1,7	1,1	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,7	2,0	2,1	2,3	2,2	2,0	2,1	2,3
Arbeitslosenquote	4,9	4,0	4,4	5,3	4,1	4,3	5,3	4,0
Leistungsbilanz ^{f)}	3,3	4,5	4,3	3,8	3,5	4,6	3,7	3,7
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}	4,8	1,3	0,6	1,2	1,6	0,9	1,5	1,9

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Konjunkturinstitutet, Stockholm, vom Dezember 2002. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom November 2002. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2002. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

und Erziehungsurlaub. Dem stehen moderate Steuererhöhungen gegenüber. Von der besseren Konsumkonjunktur profitieren in erster Linie dauerhafte Güter (u.a. Personewagen, Wohnungseinrichtungen) sowie nach den ausgeprägten Rückgängen in den beiden Vorjahren und begünstigt durch den vorteilhaften Wechselkurs der Krone auch wieder Auslandsreisen. Der Staatsverbrauch dürfte um 1¹/₄% zunehmen.

Die Bruttoanlageinvestitionen (ca. + 1%) erholen sich ab dem Sommerhalbjahr allmählich. Anregend wirkt im weiteren Verlauf des Jahres der Dienstleistungssektor. Hier ist nach dem vorjährigen Einbruch erheblicher Nachholbedarf entstanden. Auch dürfte die öffentliche Hand ihre Bauinvestitionen neuerlich in einer Größenordnung von 5% ausweiten, wiederum mit dem Schwerpunkt Verkehrsinfrastruktur und hauptsächlich getragen von den Gemeinden. Der Wohnungsbau nimmt ebenfalls deutlich zu, stimuliert durch weiter deutlich steigende Wohnungs- und Hauspreise, günstige Zinsen sowie die Anfang 2003 gesenkte Umsatzsteuer auf den Bau von Wohnungen für Studenten sowie für ältere Menschen, was vor allem den Geschosswohnungsbau anregt. In die Renovierung und in den Umbau von Wohnbauten wird wieder mehr investiert. Demgegenüber lassen die Investitionsumfragen, die immer noch gedrückten Absatz- und Ertragsserwartungen sowie der fortgesetzte kräftige Produktivitätsanstieg – die Nominallohnerhöhungen um 3³/₄% will man durch scharfe Rationalisierung möglichst ausgleichen – trotz günstiger Finanzierungsbedingungen auf einen neuerlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen in der verarbeitenden Industrie schließen, womit sich die Rezession in diesem Bereich auf drei Jahre ausdehnt. Zwar hat sich die Auslastung der Kapazitäten im Laufe von 2002 nicht mehr nennenswert verringert. Doch lag sie zuletzt um rund 3 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der neunziger Jahre.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen (+ 2³/₄%) kommt nach dem Frühjahr allmählich wieder lebhafter in Schwung, angeregt von der sich verbessernden weltwirtschaftlichen Lage im Allgemeinen und dem aufwärtsweisenden Lagerzyklus im Besonderen. Da jedoch der internationale Zyklus bei Investitionsgütern (hier ist der schwedische Anteil am Weltmarkt in Relation zum BIP überdurchschnittlich hoch) erst im späteren Verlauf des Jahres wieder aufwärts zeigt und die Erholung im Telekommunikationssektor vorerst verhalten sein wird, bleibt die Zunahme deutlich hinter dem Wachstum des Welthandels zurück. Zudem wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit infolge der auch gegenüber dem Euro weiter aufwertenden Krone weniger günstig. Der Import expandiert nach zweijähriger Rezession mit 3¹/₄% wieder spürbar. Hierzu trägt wesentlich die sich bessernde Konsumkonjunktur bei, die auch zu einem kräftigen Aufschwung der Auslandsreisen führen dürfte. Bei nun wieder annähernd im Gleichklang zunehmenden

der Ein- und Ausfuhr ist trotz verbesserter Terms of Trade ein Rückgang des Aktivums der Leistungsbilanz auf eine Größenordnung von 4% des BIP wahrscheinlich.

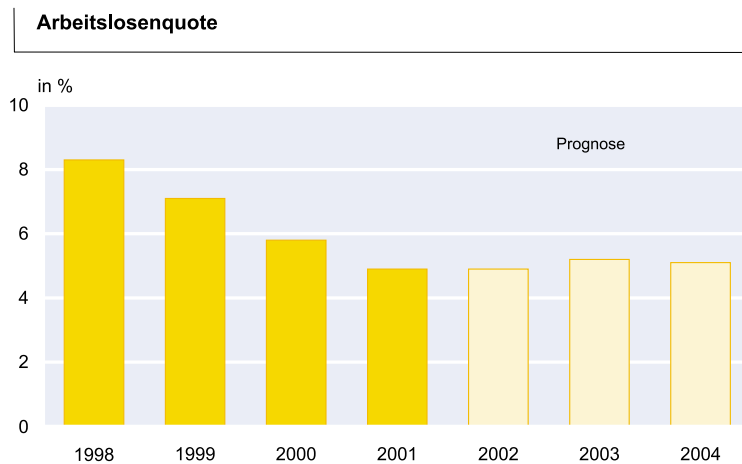
Auf dem Arbeitsmarkt ändert sich die Lage trotz allmählich verbesserter Konjunktorentwicklung nicht nennenswert. Erstens ist dieser ein Nachläufer der Konjunktur, und zweitens gibt es Anzeichen dafür, dass die Unternehmen 2002 vor allem Fachkräfte trotz ungenügender Auslastung gehalten haben. Weiter sinkende Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe wird etwa kompensiert durch zusätzliche Einstellungen im öffentlichen Dienst. Die Arbeitslosenquote dürfte – entsprechend den Kriterien von EUROSTAT – im Jahresdurchschnitt 5¹/₄% betragen; die Beschäftigung sinkt nur wenig, und das Arbeitskräftepotential nimmt kaum zu.

Der Preisauftrieb setzt sich in der Grundtendenz etwa im Tempo des Vorjahres und annähernd dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechend fort. Zunächst kommt es jedoch ölpreisbedingt zu einer Beschleunigung. Die Konsumentenpreise erhöhen sich im Schnitt des Jahres wieder um ca. 2%, wobei die Aufwertung der Krone weiter stabilisierend wirkt. Zudem wird der Anstieg der Lohnstückkosten etwas langsamer, und indirekte Steuern wirken in geringerem Maße preistreibend als 2002.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 2³/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um 1¹/₄% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3%. In Westeuropa, der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 2¹/₄%; in Deutschland expandiert es um fast 2¹/₄%. Der Importpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 24 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2003. Der Wechselkurs des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,05 bis 1,15 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

In Schweden gewinnen bei etwa konjunkturaler wirkender Wirtschaftspolitik die zyklischen Aufschwungskräfte stärker an Dynamik. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 2¹/₂% zunehmen. Dabei findet die Ausfuhr wieder zu ihrer Rolle als Konjunkturmotor zurück, stimuliert vom weltwirtschaftlichen Aufschwung. Obwohl der Import noch etwas stärker ausgeweitet wird, steigt der Leistungsbilanzüberschuss leicht. Auf breiter Front dynamisch entwickeln sich die Bruttoanlageinvestitionen, wobei besonders in Ausrüstungen lebhaft investiert wird. Während die Zuwachsrate des privaten Konsums etwas höher als 2003 ausfallen dürfte, wird der Staatsverbrauch



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

nur noch wenig ausgeweitet. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage insgesamt erst ansatzweise. Die Konsumentenpreise steigen in der Größenordnung der beiden Vorjahre.

Der Export von Waren und Dienstleistungen wird wieder zur dynamischsten Komponente auf der Nachfrageseite des BIP. Erfahrungsgemäß reagiert er annähernd simultan auf weltwirtschaftliche Aufschwünge, so dass die günstige Weltkonjunktur eine Zunahme um etwa $5\frac{3}{4}\%$ bewirken dürfte. Damit bliebe er allerdings hinter der Zunahme des internationalen Handels zurück, wofür es vor allem drei Gründe gibt. Erstens wird das Wirtschaftswachstum in Europa, wo gut zwei Drittel der Ausfuhren abgesetzt werden, weniger lebhaft sein als in den anderen Weltregionen. Zweitens wertet die Krone auch gegenüber dem Euro sowie der dänischen Krone und dem Pfund Sterling noch etwas auf. Drittens schließlich steigen die Lohnstückkosten vermutlich erneut etwas rascher als im westeuropäischen Durchschnitt. Vom weltweit aufwärtsweisenden Investitionszyklus wird der Absatz von Investitionsgütern überdurchschnittlich profitieren, da die schwedische Industrie auf diesem Gebiet besonders leistungsfähig ist. Auch die Lieferungen von IT-Gütern expandieren kräftig im Zuge der weltweit kräftig zunehmenden Nachfrage. Da der Import zwar lebhafter ausgeweitet wird als der Export, die Terms of Trade aber noch etwas günstiger werden, erhöht sich der Leistungsbilanzüberschuss in Relation zum BIP leicht.

Die Bruttoanlageinvestitionen nehmen mit etwa 4% deutlich zu. Das gilt besonders für die Ausrüstungsinvestitionen. Hierzu tragen nicht nur die steigende Auslastung der Kapazitäten, die immer noch günstigen Finanzierungsmöglichkeiten sowie günstigere Absatz- und Ertragsersparungen bei, sondern auch die zyklische Komponente. Diese kommt erfahrungsgemäß zum Tragen, wenn die Investitionen über einen längeren Zeitraum gesunken sind. Zwar wird unverändert intensiv in die Rationalisierung der Produktion

und in den Ersatz veralteter Anlagen investiert, um den Anstieg der Lohnstückkosten zu dämpfen. Aber es kommt auch zunehmend zur Erweiterung der Kapazitäten. Stimulierend wirkt ferner die nun deutlich anlaufende Umsetzung der Investitionsprogramme im IT-Sektor. Die Bauinvestitionen gewinnen zusätzlichen Schwung. Denn der öffentliche Bau dürfte im bisherigen Rhythmus ausgeweitet werden, und der Wohnungsbau nimmt – bei nur leicht steigenden Hypothekenzinsen – rascher zu, auch weil mehr Geld in die Renovierung des Bestandes fließt.

Der private Konsum (+ $2\frac{1}{2}\%$) expandiert zügig. Stimulierend wirken die in wenig verändertem Ausmaß steigenden Reallöhne, sowie die im späteren Verlauf des Jahres zunehmende Beschäftigung. Ferner sinkt die Sparquote weiter, denn der Schock über die während der Jahre 2000/2002 infolge der Baisse an den Aktienmärkten erlittenen Vermögensverluste klingt ab. Allerdings werden die staatlichen Transferzahlungen deutlich schwächer ausgeweitet als im Jahr zuvor. Wie 2003 dürften dauerhafte Güter überdurchschnittlich von der günstigen Konjunktur profitieren. Das gilt sowohl für Einrichtungsgegenstände als auch für Personenwagen und Geräte der Telekommunikation. Die sehr beliebten Auslandsreisen expandieren kräftig, auch weil sich die Krone weiter aufwertet. Der Staatsverbrauch erhöht sich um $\frac{3}{4}\%$ – teils konjunkturbedingt, teils infolge der nun konjunkturneutralen Finanzpolitik.

Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage erst im späteren Verlauf des Jahres, wenn die Auslastung der Kapazitäten weiter gestiegen ist und besonders Fachkräfte wieder vermehrt gesucht werden. Die Beschäftigung nimmt dann etwas zu, und die Arbeitslosigkeit sinkt. Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosenquote bei sehr schwach steigendem Erwerbspersonenpotential nicht nennenswert niedriger liegen als 2003. Dies auch deshalb, weil die staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme zurückgefahren werden dürften.

Die Preisentwicklung bleibt tendenziell mäßig aufwärts gerichtet, obwohl die Konjunktur spürbar anzieht. Doch die Importpreise wirken weiter dämpfend, und die Lohnstückkosten erhöhen sich langsamer. Nennenswerte Anhebungen indirekter Steuern sind nicht zu erwarten. Die Konsumentenpreise dürften neuerlich um rund 2% im Jahresdurchschnitt steigen.

Abgeschlossen am 24. Januar 2003